



Presseinformation

Nr. 26.292

18.09.2026

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 32 – Mündlicher Bericht zum Anstieg der Unternehmensinsolvenzen in Schleswig-Holstein

Dazu sagt der wirtschaftspolitische Sprecher der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, **Sebastian Bonau**:

Schleswig-Holstein verfügt über eine robuste wirtschaftliche Basis

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleg*innen,

über die Insolvenzzahlen ist heute bereits ausführlich gesprochen worden. Entscheidend ist deshalb nicht, sie ein weiteres Mal vorzutragen. Entscheidend ist, wie wir sie einordnen und welche wirtschaftspolitischen Konsequenzen wir daraus ziehen. Wir dürfen die Zahlen weder kleinreden noch für Schreckensszenarien missbrauchen. Die jahrelange wirtschaftliche Schwäche in Deutschland geht auch an unserem sonst so robusten Schleswig-Holstein nicht spurlos vorbei.

Zur vollständigen Wahrheit gehört aber auch: Die voraussichtlichen Forderungen der Gläubiger*innen sind in Schleswig-Holstein trotz der gestiegenen Fallzahl um 8,3 Prozent auf 458 Millionen Euro gesunken. Das spricht dafür, dass die Verfahren im Durchschnitt kleiner geworden sind. Und obwohl wir den höchsten Halbjahreswert seit 2012 verzeichnen, lag die Zahl in den meisten ersten Halbjahren zwischen 2002 und 2010 noch höher.

Aber Schleswig-Holstein verfügt weiterhin über eine robuste wirtschaftliche Basis. Während die deutsche Wirtschaft im Jahr 2025 preisbereinigt lediglich um 0,2 Prozent gewachsen ist, waren es in Schleswig-Holstein ganze 0,9 Prozent. Besonders bemerkenswert ist das verarbeitende Gewerbe: Bundesweit ist seine Wirtschaftsleistung real zurückgegangen, in Schleswig-Holstein ist sie um 1,8 Prozent gewachsen.

Auch die Zahl der Erwerbstätigen erreichte 2025 mit fast 1,48 Millionen Menschen einen neuen Höchststand. Und im ersten Halbjahr 2026 wurden bei uns 12.717 Gewerbe neu gegründet, so viele wie in keinem ersten Halbjahr seit 2010. Den 8.918 Gewerbeaufgaben stand damit ein positiver Saldo von 3.799 Gewerben gegenüber.

Das sind keine Zahlen, auf denen wir uns ausruhen dürfen, aber sie widersprechen der Erzählung, Schleswig-Holsteins Wirtschaft befände sich im freien Fall.

Gleichzeitig sehen wir erste Anzeichen einer wirtschaftlichen Erholung in Deutschland. Nach zwei Jahren des Rückgangs ist die deutsche Wirtschaft 2025 wieder leicht gewachsen. Für 2026 wurden die Prognosen von 0,5 auf 1,2 bis 1,4 Prozent erhöht. Das ist noch kein kräftiger Aufschwung, und die Erholung bleibt fragil, weil sie auch an geopolitischen Ereignissen hängt, die wir nur schwer beeinflussen können.

Entscheidend ist jetzt, welche wirtschaftspolitischen Konsequenzen wir ziehen. Wir brauchen schnellere, digitale Verfahren, eine leistungsfähige Verwaltung und niedrigere Energiepreise, Investitionen in Infrastruktur, Innovation und eine klimaneutrale Industrie. Und ja: Dafür brauchen wir eine aktive Industriepolitik.

Die Vorstellung, der Staat müsse nur an die Seitenlinie treten und der Markt werde alles Weitere regeln, passt nicht mehr zur wirtschaftlichen Realität. China investiert strategisch und mit erheblicher staatlicher Unterstützung in Batterien, Solartechnik, Elektromobilität, Halbleiter und andere Schlüsseltechnologien. Wir sehen gerade die Auswirkungen des zweiten China-Schocks.

Wir müssen unsere Unternehmen vor Dumping und unfairer Wettbewerb schützen, strategische Abhängigkeiten verringern und dafür sorgen, dass wichtige Zukunftstechnologien auch bei uns entwickelt und produziert werden können. Nur: wenn Katharina Reiche ihren Kurs fortsetzt und den Ausbau der erneuerbaren Energien weiter ausbremst, riskieren wir eine Insolvenzelle in dieser Branche. Das wäre für unsere Kommunen gerade im ländlichen Raum fatal.

Für Schleswig-Holstein liegen gerade bei den Zukunftstechnologien große Chancen in erneuerbaren Energien, der maritimen Wirtschaft, der Gesundheits- und Pharmaindustrie, der Ernährungswirtschaft und bei klimaneutralen Produktionsverfahren. Industriepolitik bedeutet dabei nicht, jedes Geschäftsmodell dauerhaft zu subventionieren. Sie bedeutet, klare Ziele zu setzen, Investitionen zu ermöglichen und Märkte für die Technologien zu schaffen, mit denen wir künftig Wohlstand und gute Arbeitsplätze sichern.

Schleswig-Holstein steht vor großen Herausforderungen. Aber unser Land hat eine stabile Grundlage, innovative Unternehmen und viele Menschen, die neue Betriebe gründen und Verantwortung übernehmen. Diese Stärke müssen wir sichern und ausbauen.

Vielen Dank.

**Landtagsfraktion
Bündnis 90/Die Grünen Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

T 0431 988 1503
M 0172 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
sh-gruene-fraktion.de